

Gemeinsame Erklärung der Passauer Stadtrats-Fraktionen von SPD, ÖDP/Aktive Passauer, Bündnis 90/Die Grünen, Passauer Liste und FWG

Nein zur Nordtangente!

Die im Passauer Stadtrat vertretenen Fraktionen der SPD, ÖDP/Aktive Passauer, Bündnis 90/Die Grünen, Passauer Liste und FWG sprechen sich auch weiterhin gegen die Planung und Umsetzung der sogenannten Nordtangente aus. Sie unterstützen den Vorstoß des Abgeordneten Flisek, die Nordtangente aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen und stattdessen den Georgsbergtunnel untersuchen zu lassen. Eine Vorgehensweise, die hinsichtlich der Nordtangente so bereits auch am 11. April 2011 mit großer Mehrheit vom Passauer Stadtrat beschlossen wurde.

Vor schon fast zwei Jahrzehnten wurde am 6. November 1995 der Verkehrsentwicklungsplan 95 ohne Nordtangente mit großer Mehrheit beschlossen.

An der Ausgangssituation und damit den Argumenten, die zweifellos gegen eine Nordtangente sprechen, hat sich seither nichts verändert, ganz im Gegenteil.

Mehrere Untersuchungen belegen, dass eine Nordtangente we-

der für die Stadt Passau, noch für den östlichen Landkreis Passau zu einer Entlastung führen würde, die die erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft rechtfertigen könnte. Bei der letzten Untersuchung durch Gevas Humburg & Partner wird im Schlussbericht des Verkehrsentwicklungsplans für Passau mit Stand 2012 hierzu wörtlich ausgeführt: „Zusammenfassend bleibt fest zu halten, dass sämtliche Trassenkorridore nur sehr begrenzte Entlastungswirkungen im Stadtgebiet zeigen. Auch für den östlichen Landkreis

Passau sind sie nicht nachhaltig wirksam. Dies gilt insbesondere auch für den Lkw-Verkehr. Somit ist eine Umsetzung aller untersuchten Trassenkorridore hinsichtlich dem verkehrlichen Nutzen gegenüber den Eingriffen in Natur und Landschaft sowie den voraussichtlichen Kosten nicht zu empfehlen.“

Sämtliche Untersuchungen stellen fest, dass nur ein untergeordneter Anteil am Verkehrsaufkommen in der Stadt Passau dem Durchgangsverkehr geschuldet ist, so dass eine Nordtangente ins-

besondere zu keiner Verbesserung für die Stadt Passau führen würde.

Hierzu behält der Beschluss des Passauer Stadtrates vom 26. Juli 2004, der mit 35:9 Stimmen beschlossen wurde und sich gegen die Nordtangente ausspricht, auch weiterhin seine Gültigkeit. Hierbei sprach sich der Passauer Stadtrat insbesondere auch für den Ausbau des Autobahnzubringers zwischen Hutthurm und Aicha vorm Wald aus. Eine Maßnahme, die bereits schon die Planungen von GEVAS im Verkehrsentwicklungsplan 95 vorsehen, wenn dort von der regionalen Entwicklungsachse von Aicha vorm Wald über Neukirchen vorm Wald und Hutthurm zur B 12 weiter nach Osten über Büchlberg und Hauzenberg bis nach Untergriesbach/Wegscheid gesprochen wird.

Auch die Gemeinden Salzweg und Tiefenbach sprachen sich bereits 2004 gegen die Nordtangente als mögliche Trasse aus, Tiefenbach be-

Trotzdem ist der Landkreis offensichtlich nicht bereit, sich mit den Tatsachen auseinanderzusetzen zu wollen und an einer zielführenden Lösung mitzuwirken.

Es ist schlichtweg unverständlich und auch unverantwortlich, wenn entgegen aller Untersuchungsergebnisse und eindeutiger Beschluslagen weiterhin an der Nordtangente als mögliche Trasse festgehalten wird.

Schon jetzt ist es mehr als bedauerlich, dass mehr als 20 Jahre faktisch ungenutzt blieben, um die gewonnenen Erkenntnisse aus den Jahren 1992/95 aufzugreifen und in Planungen für eine Achse von Wegscheid über Büchlberg und Hutthurm nach Aicha vorm Wald zur Autobahnanschlussstelle umzusetzen.

Wer die verkehrliche Entwicklung des östlichen Landkreises Passau nicht nur als Lippenbekenntnis vor sich hertragen will, muss sich mit der Realität auseinandersetzen und auf Basis realistischer Planungsansätze die verkehrliche Entwicklung vorantreiben.

Gerne und jederzeit wird sich die Stadt Passau an einem derart wichtigen Vorhaben beteiligen und selbstverständlich auch einem „Zweckverband Autobahnzubringer“ beitreten. Voraussetzung hierfür bleibt, wie bereits am 26. Juli 2004 mit 10:3 Stimmen beschlossen, dass die Nordtangente nicht mehr Gegenstand der Planungen ist und daher ausdrücklich aus der Vereinbarung gestrichen wird.



Markus Sturm (SPD)



Paul Kastner (ÖDP)



Karl Synek (Die Grünen)



Heinz-Peter Höber (PaL)



Siegfried Kapfer (FWG)